Kreis Herzogtum Lauenburg
Kreisseniorenbeirat
Der Vorsitzende
Die stellv. Vorsitzenden

Dr. Hubert Hoser
Kaiser-Friedrich-Str.4k

23879 Mölln
Tel.: 0151- 43134324
hubert.hoser@web.de

Geesthacht, 10.06.2021

N i e d e r s c h r i f t

über die 7. Sitzung des Kreisseniorenbeirates
am Mittwoch, 25. Mai 2021 um 15.00 Uhr
Haus der Begegnung, Fürstengarten, 21481 Lauenburg

Teilnehmer siehe Liste (Anhang)

TOPP 1: Eröffnung und Begrüßung durch die stellv. Vorsitzenden sowie Genehmigung der Tagesordnung. TOPP 3 wird vorgezogen, ToPP 4 entfällt.

TOPP 3:

Der Bürgermeister Herr Thiede stellt kurz die Situation von Lauenburg vor. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage befindet sich auf einem Höhenflug. Bei einer Einwohnerzahl von ca. 12.000 Bürgern gibt es etwa 3000 Senioren. Er zeigt einen kurzen Video Film über Land und Leute (Bilder sagen mehr als Worte). Er bestätigt eine sehr gute und effektive Zusammenarbeit mit dem örtlichen Seniorenbeirat und hofft, dass es in Zukunft so bleibt.

TOPP 3: Die Niederschrift der 6. Sitzung des Kreisseniorenbeirates vom 01.09.2020 wird ohne Änderungen oder Ergänzungen genehmigt.

TOPP 4: entfällt

TOPP 5: Durch die Corona Pandemie und dem allgemeinen Shutdown fanden seit dem 01.09.2020 keine Sitzungen oder Zusammenkünfte des KSB statt. Das soll sich ab jetzt wieder ändern.

TOPP 6: Bericht durch die stellv. Vorsitzenden Frau Kircher (K) und Herr Vossgrau (V:
(K) Die Adressen der Mitglieder des Kreisseniorenbeirates sind abgefragt worden und in einer Liste vervollständigt worden. Die aktuelle Liste ist im Anhang zu finden.

Es wird eine Schweigeminute für die verstorbene Frau Lühr eingelegt.

(V) Zu den Arbeitspunkten aus der letzten Sitzung stellt sich die Frage, wie soll damit umgegangen werden? Es wird vorgeschlagen für jeden Punkt einen Verantwortlichen zu wählen:

1. Gemeindenahe Versorgung	Herr Faesing
2. Bürgerbusse	Herr Deutschmann, Herr Wübbels
3. Pflegeversicherungsrecht	Herr Vossgrau
4. Einsamkeit im Alter	Herr Deutschmann
5. Bezahlbarer Wohnraum	Frau Kircher
6. Öffentlicher Verkehr (ÖPNV)	Herr Meister
7. Breitensport	Herr Beissner

(V) Aus den Impfzentren gibt es fast nur positives zu berichten, die Einrichtungen sind gut aufgestellt. Ein kleines Manko, sie sind nicht Sehbehindertengerecht eingerichtet, aber die Hilfskräfte sind sehr aufmerksam (Bundeswehr) und helfen sofort weiter.

(V) Die Änderungen der Mitgliedern des KSB sind im Kreistag eingereicht, aber noch nicht gewählt, bzw. bestätigt worden. Der aktuelle Stand sind 15 feste Mitglieder und 2 Stellvertreter. Bei der Fahrtkostenerstattung und den Sitzungsgeldern gibt es immer noch offene Punkte. Das Sitzungsgeld kommt nicht bei allen Teilnehmern an. Herr Vossgrau kümmert sich drum und versucht zu klären.

(V) Das Altenparlament findet dieses Jahr am 11.09.2021 in Kiel statt. Das Hauptthema ist „Pandemie jetzt und in Zukunft“
Die einzelnen Arbeitsgruppen sind:
1. Soziale Teilhabe - Kommunikation - Digitalisierung
2. Bewegung – gesunde Ernährung
3. Soziale und wirtschaftliche Folgen

Bewerbungen der Seniorenbeiräte für das AP sollten bis zum 05.06.2021 an die GS des LSR gesandt werden. Die Anträge bis zum 30.06.2021 erstellt und ebenfalls an die GS des LSR eingereicht werden. (Frau Timm, Herr Vossgrau und Frau Kircher werden den Kreis vertreten)
Die Arbeitssitzungen der Delegierten sind dann am
06.07.2021 1. Arbeitssitzung
20.07.2021 2. Arbeitssitzung
10.09.2021 Abschluss und Essen geplant.
(K) Es sollen Seminare für Digitale Ausbildung (Word, Excel, PowerPoint, etc.) an der Volkshochschule (VHS) in Geesthacht abgehalten werden. Mindestteilnehmer sind etwa 8-10 Personen. Durchführung bisher nur für Mitglieder des KSB. Es besteht ein Bedarf bei den anwesenden Teilnehmern von 5-8 Personen. Ein Auffüllen von anderen SBR ist aus Abrechnungsgründen zurzeit nicht vorgesehen. Der Kreis bezahlt auf Antrag die Kosten.

(K) Die Broschüre „Demenz im Alter“ soll neu erstellt werden. Sie wird durch die Firma INIXMEDIA erstellt und durch Werbung finanziert.

(V) Die Stadt Schwarzenbek hat zurzeit keinen Seniorenbeirat , es gab Probleme mit den Mitgliedern um deren politische Gesinnung. Es wurde nicht darauf geachtet, dass Mitglieder in politischen Gremien (Ausschüsse, Fraktionsvorstand, Verwaltung) keine Mitglieder im SBR sein dürfen.

(V) Schwerbehinderte können Fahrkostenunterstützung beim Kreis beantragen. Je nach Schweregrad wird eine Unterstützung bei einer ÖPNV Fahrkarte oder bei den KFZ-Steuern gewährt.

(V) Der Landesseniorenrat ruft zu einem Fotowettbewerb auf, „Die Älteren in der Pandemie“. Es gibt Ausfahrten und Essensgutscheine zu gewinnen. Aus allen prämierten Bildern soll eventuell eine Wanderausstellung durchgeführt werden.

(K) Die im Herzogtum Lauenburg vorhandenen Online-Zeitungen bringen seit geraumer Zeit eine Rubrik „Jugend Online“ regelmäßig heraus. Frage an die Runde, ob nicht auch in den Online-Zeitungen eine Rubrik „Senioren Online“ aufgebaut werden soll. Frau Kircher will bei den Zeitungen anfragen, ob Interesse bestehen wird. Im Südteil gibt es die „LOZ“ aus Büchen und im Nordteil die „Herzogtum-direkt“ (Ansprechpartner und Redakteur ist Herr Anders). Es soll geklärt werden, was und welche Themen genommen werden. Auf der nächsten Sitzung soll dann eine Machbarkeit in der Runde besprochen werden.

Herr Bytom spricht ein altes Problem an, die Homepage des Kreises Bereich Kreisseniorenbeirat ist noch immer nicht auf neuestem Stand (letzte Aktualisierung ca. 2014). Es wurde schon mehrere Male darauf hingewiesen, auch wurden 2019 in Börnsen neue Fotos der Mitglieder des KSB für die Homepage gemacht, aber bisher ist immer noch nichts geschehen. Herr Vossgrau will nochmal nachhaken.
Für eine bessere Information der Senioren soll die Aktualisierung des KSB von der Verwaltung an die Zeitungen im Nord- und Südbereich gegeben werden.

(V) Es ist eine Pflegereform durchgeführt worden. Die Pflegevergütungen sind neu geregelt worden, eine Förderung soll weiter durch das Land geschehen und wird auch noch erhöht. Genauere Informationen stellt Herr Vossgrau als Anlage zur Verfügung.

(V) Im Landesseniorenrat (LSR) werden die wenig aktiven Fachgruppen durch Projektgruppen ersetzt. Einige sehr aktive Fachgruppen bleiben in alter Form bestehen.

TOPP 7: Die Ausschüsse des Kreises haben aufgrund der Pandemie nur bedingt getagt.

Kreisforsten (Wübbels)	Die Kreisforste werden neu organisiert, die Bewirtschaftung wird neu bewertet (Lübecker Model). Am 03.06 soll der Kreistag darüber entscheiden.
Mobilität (Meister)	Anbindung und Zusammenarbeit an benachbarte Verkehrsverbünde soll vorangetrieben werden.
Soziales (Hoser, Bytom)	keine
Sport (Faesing)	keine

Herr Bytom gibt die Anregung eine neue Arbeitsgruppe zu erschaffen. Thema:
„Was für eine Welt hinterlassen wir?". In dieser Arbeitsgruppe können viele Anregungen erarbeitet werden und an den Kreistag weitergeleitet werden.

TOPP 8:

FG1	Kreisseniorenbeiräte	keine
FG2	Aktiver Leben im Alter	keine
FG3	Generationenforum	keine
FG4	Gesundheit und Pflege	keine
FG5	Kriminalitätsprävention	es haben zwei Online-Sitzungen stattgefunden. Zusammenarbeit mit der Landespolizei wird weiter vorangetrieben. Sicherheitsberater für Senioren (SfS) sollen bekannter werden
FG6	Senioren/Verkehr	keine
FG7	Wohnen im Alter	Prüfen von eigenen elektrischen Geräten muss in Gemeinschaftsanlagen sein, Kosten sollte der Betreiber übernehmen. Tiny House günstige Unterkunft wurde vorgestellt. CO^2 Zulage soll von den Mietern getragen werden. Eine Teilung zwischen Mieter und Vermieter wird von der Bundesregierung angestrebt.
FG8	Öffentlichkeit, Medien	Express wird Ende Juli herauskommen und an alle SBR verschickt.

TOPP 9: (K) stellt eine Anfrage über Förderung zur Digitalisierung vor, allerdings läuft der Termin schon am 30.06.21 ab. Es wird vorgeschlagen, eine Fristverlängerung zu beantragen. Frau Kircher wird ein Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit verfassen und abschicken. (Ist als Forschungsprojekt für uns nicht geeignet)

Nächster Sitzungstermin ist der **3. November 2021 um 14:00 Uhr in Ratzeburg** im Großen Kreissaal. Herr Deutschmann kümmert sich.

Herr Vossgrau bedankt sich nochmal bei dem Bürgermeister Thiede und Herrn Beissner für die Gastfreundschaft.

Ende der Sitzung 18:10 Uhr

Sibylle Kircher
Stellv. Vorsitzende Südkreis
Protokollvorarbeit durch Thomas Freiberg

Reinhard Vossgrau
Stellv. Vorsitzender Nordkreis

Verteiler:
Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des KSB;
Kreispräsident Herr Füllner; Landrat Dr. Mager, Fraktionsvorsitzende des Kreistages; Frau Neemann-Güntner
Kreisverwaltung Frau Schemmerling, Kreisverwaltung Herr Frohnert
Vorsitzende der Seniorenbeiräte im Kreis.

Niederschrift KSB vom 25.5.2021

Kreis Herzogtum Lauenburg
Kreisseniorenbeirat
Der Vorsitzende

Dr. Hubert Hoser
Birkenweg 18
23879 Mölln
Tel.: 0151- 43134324
hubert.hoser@web.de

Geesthacht, 17.05.2021

Einladung und Tagesordnung

für die 7. Sitzung des Kreisseniorenbeirates
am Dienstag, 25. Mai 2021 um 15.00 Uhr
Haus der Begegnung, Fürstengarten, 21481 Lauenburg

TOPP 1: Eröffnung und Begrüßung durch die stellv. Vorsitzenden sowie Genehmigung der Tagesordnung

TOPP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung 01.09.2020.

TOPP 3: Grußwort des Lauenburger Bürgermeisters Herrn Thiede

TOPP 4: Bericht über das Projekt Quartiersmanagement in Lauenburg, angefragt bei Frau Löding.

TOPP 5: Folgen der Pandemie

TOPP 6: Bericht des stellv. Vorsitzenden Herrn R. Vossgrau (AP,LSR und FG)

TOPP 7: Berichte aus den Ausschüssen des Kreises

TOPP 8: Berichte aus den Fachgruppen des LandesSR

TOPP 9: Verschiedenes
Termin und Ort der nächsten Sitzung

Sibylle Kircher
Stellv. Vorsitzende Südkreis

Reinhard Vossgrau
Stellv. Vorsitzender Nordkreis

Bitte bringen Sie Ihren Impfausweis mit, soweit vorhanden und Ihre Maske.
Test halten wir für Sie auf Wunsch bereit.

Verteiler:
Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des KSB;
Kreispräsident, Herr Füllner; Landrat Dr. Mager, Fraktionsvorsitzende des Kreistags; Frau Neemann-Güntner, Kreisverwaltung Frau Schemmerling, Herr Frohnert,
Vorsitzende der Seniorenbeiräte im Kreis.

Rettung: DRK betont Qualität

Von Holger Marohn

Der Kreis Herzogtum Lauenburg hatte den Eindruck erweckt, das DRK würde gegen zu hohe Standards im Rettungsdienst klagen. Das DRK bezichtigt den Kreis der Falschaussage.

Ratzeburg. Eine Aussage des Kreises zu angeblichen Versuchen, die Qualität im Rettungsdienst drücken zu wollen, hat beim DRK jetzt offenbar das Fass zum Überlaufen gebracht. Ungewöhnlich deutlicht wehrt sich die Hilfsorganisation. „In einigen Medienberichten wird derzeit zitiert, dass ein Bieter im Ausschreibungsverfahren Rettungsdienstliche Leistungen versucht haben solle, über den Klageweg die geforderte Qualität zu reduzieren und so nicht für einen Rettungsdienst nach höchsten Qualitätsstandards stehe. Dies ist eine Falschaussage, welcher wir auf das Schärfste widersprechen müssen", teilt der DRK Kreisverband in einer Stellungnahme mit.

Der Kreis hatte die Aufhebung der Ausschreibung damit begründet, dass sich „eine Hilfsorganisation, die sich um die künftige Durchführung des Rettungsdienstes beworben hat, vor dem Verwaltungsgericht gegen vom Kreis geforderte Qualitätsstandards bei der Patientenversorgung gewandt hat, welche sie für zu hoch hält".

Nach Angaben des DRK geht es bei der Klage allerdings überhaupt nicht um die Qualitätsstandards an sich. Allerdings sei – bewusst oder unbewusst – der Eindruck entstanden, der DRK-Kreisverband habe gegen die Qualitätsanforderungen in der Ausschreibung geklagt.

Vielmehr habe das DRK kritisiert, dass wenn der Kreis Mitarbeiter eines Anbieters nach eigenem Ermessen trotz entsprechender Berufsqualifikation vom Dienst ausschließen kann, der Anbieter dann aber nicht Mehrkosten durch vorübergehendes Ersatzpersonal geltend machen kann. Unter anderen weist das DRK darauf hin, dass ein mögliches von Kreis dann verhängtes Berufsausübungsverbot berufsrechtswidrig wäre. Da der Kreis die Refinanzierung in der Ausschreibung wiederholt und nachhaltig abgelehnt habe, sei dem DRK Kreisverband keine andere Möglichkeit geblieben, als gegen diese nicht refinanzierte Anforderung vorzugehen.

„Obwohl diese Zusatzprüfungen (durch Mitarbeiter des Kreises, Anm. d. Red.) außerhalb der Berufsordnung stehen und der Ausschluss der Berufsausübungsmöglichkeit rechtswidrig ist, werden und wurden zusätzliche Qualitätsprüfungen im Rettungsdienst auf Grundlage eines strukturierten, transparenten und evaluierten Prozesses keineswegs abgelehnt, sondern ausdrücklich befürwortet", teilt das DRK mit.

So weist das DRK darauf hin, dass man im Rettungsdienst seit mehr als 15 Jahren Iso-zertifiziert sei.

Der Kreis hatte die Ausschreibung vergangene Woche aufgrund rechtlicher Fragen in drei

Bereichen durch die Politik zurückziehen lassen. Der eine Bereich war die vom DRK betriebene Klage, die der Kreis anders dargestellt hatte. Zuvor hatte bereits das Land eine

Lübecker Nachrichten

ÜBERPARTEILICH UND UNABHÄNGIG

PFLICHTBLATT DER HANSEATISCHEN WERTPAPIERBÖRSE HAMBURG

Geschäftsführer: Ingo Höhn, Adrian Schimpf

Redaktion
Chefredakteur: Gerald Goetsch
Stv. Chefredakteurin: Jasmin Off

Leitende Redakteure: Lars Fetköter, Nick Vogler, Christina van Zwol

Chefs vom Dienst: Andreas Heß, Sven Levermann, Timon Ruge, Jörg Schiffmann
Verantwortliche Redakteure: Helge von Schwartz (Nord/Wirtschaft); Nick Vogler (Lübeck); Olaf Bartsch (Ostholstein); Hanno Hannes (Herzogtum Lauenburg), Holger Schwartz (Segeberg, Stormarn); Jürgen Rönnau (Sport); Petra Haase (Kultur); Nadine Wapner (Gestaltung)
Korrespondenten: Christian Risch (Wirtschaft); Wolfram Hammer (Kiel)

Herzogtum Lauenburg
Redaktions-Fax: 0 45 42/85 17 27
E-Mail: redaktion.lauenburg@ln-luebeck.de
Lokalredaktion: Hindenburgstraße 15d, 23879 Mölln

Leiter der Lokalredaktion: Hanno Hannes (hh, 04 51/144 22 03)
Stellvertreter: Oliver Vogt (Produktion, ov, 0451/144 23 16), Florian Grombein (Mölln, Amt Breitenfelde, fg, 0 45 42/85 17 18)
Redakteure: **Kreispolitik, Schwarzenbek, Lauenburg, Ämter Schwarzenbek-Land, Büchen, Hohe Elbgeest und Lütau:** Holger Marohn (hm, 0 45 42/85 17 14) **Ratzeburg, Ämter Sandesneben-Nusse, Berkenthin und Lauenburgische Seen:** Joachim Strunk (unk, 0 45 42/85 17 20)
Lokalsport: sport@ln-luebeck.de
Medienberater: Lars Jepsen, 0 45 31/88 77 30

Bezugspreis durch Zusteller einschließlich Versandkosten und Zustellgebühren 41,90 €, im Postversand 48,40 €. Alle Preise inklusive Mehrwertsteuer. Abbestellungen müssen schriftlich sechs Wochen vor dem Quartalsende beim Verlag vorliegen. Im Fall höherer Gewalt und bei Arbeitskampf (Streik oder Aussperrung) besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch.

Die Lübecker Nachrichten erscheinen in Zusammenarbeit mit dem **RedaktionsNetzwerk Deutschland** (RND).
Chefredakteur: Marco Fenske Stv. **Chefredakteurin:** Eva Quadbeck
Mitglieder der Chefredaktion: Dany Schrader, Christoph Maier

Verlag
Anzeigen: Ingo Höhn
Vertrieb: Thekla Graper
Technik: Sven-Sören Ulrich
Verlag: Lübecker Nachrichten GmbH, Herrenholz 10-12, 23556 Lübeck

Konten: Sparkasse zu Lübeck IBAN: DE76 2305 0101 0001 0180 27, BIC: NOLADE21SPL, DB Privat u. Firmenkundenbank AG IBAN: DE08 2307 0710 0880 2233 00, BIC: DEUTDEHH222 8802233

Agenturen: afp, dpa, epd, glp, sid.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.
Die Lübecker Nachrichten werden als Zeitung und digital vertrieben und sind im Internet recherchierbar. Alle Rechte vorbehalten.
Wirtschaftliche Beteiligte an der Lübecker Nachrichten GmbH: Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG, Hanseatische Verlags-Beteiligungs AG.

Internet:
www.LN-Online.de

So erreichen Sie Ihre LN
Zentrale Rufnummer: 0451/14 40

Fragen rund ums Abo und die Zustellung?
0451/144 18 00
Leserservice@LN-Luebeck.de

Fragen rund um Anzeigen?
Privat: 0451/144 11 11
Anzeigenservice@LN-Luebeck.de
Geschäftlich: 0451/144 12 00
Media@LN-Luebeck.de

Fragen an die Redaktion?
Chefredaktion@LN-Luebeck.de

Sowohl der Aufsichtsratsvorsitzende der kreiseigenen Herzogtum Lauenburg Rettungsdienstgesellschaft HLR Norbert Brackmann (r.) als auch der Geschäftsführer der HLR, Kai Fabian Steffens (l.), sind eng mit dem Rettungsdienst der DLRG Lauenburg verbunden wie dieses Foto in DLRG Uniform aus dem Jahr 2007 zeigt. FOTOS: TIMO JANN/HM

Langes Ringen um den Rettungsdienst

Die Neustrukturierung des Rettungsdienstes im Kreis Herzogtum Lauenburg hat eine lange Vorgeschichte. Und es gibt weiter viele offene Fragen.

VON HOLGER MAROHN

RATZEBURG. Sechs Jahre ist es her, dass der Kreis den Vertrag mit dem DRK Herzogtum Lauenburg zur Organisation des Rettungsdienstes gekündigt hat. Die entscheidende Rolle spielte damals wie heute Norbert Brackmann, CDU-Bundestagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des für den Rettungsdienst zuständigen Haupt- und Innenausschusses. Pikant: Der Lauenburger ist auch stark im Rettungsdienst der DLRG Oberelbe engagiert, die bei der Ausschreibung zu den Bietern gehört.

Gemeinnützige profitieren von Bereichsausnahme

Seit der Kommunalwahl 2018 kooperiert die CDU eng mit den Grünen auf Kreisebene. Ausdruck dieses gemeinsamen Auftretens ist auch eine entsprechende gemeinsame Erklärung von Brackmann und Oliver Brandt (Grüne) aus Lauenburgs Nachbarort Lütau, in der beide quasi im Gleichschritt das Verhalten des politischen Gegners kritisieren. In der gemeinsamen Erklärung werfen beide nun SPD und FDP vor, sich aus der Verantwortung stehlen zu wollen, weil beide an einer Ausschreibung festhalten wollen. Der Kündigung des DRK bei der Rettungsdienst-Organisation war ein Beihilfeverfahren bei der EU zur sogenannten Bereichsausnahme, einer vorbehaltlichen Vergabe bestimmter Aufträge an gemeinnützige Organisationen, vorausgegangen. Dem Kreis soll – betrieben durch einen gewerblichen Anbieter – vorgeworfen worden sein, durch freihändige Vergabe gegen EU-Recht verstoßen zu haben.

SPD hatte einst noch viele offene Fragen

Die Verhandlungen mit der EU führte damals Brackmann in Vertretung des erkrankten Landrates Gerd Krämer. Unterlagen dazu sollen beim Kreis vorhanden sein, der Politik aber nicht vorliegen. Die Verhandlungen sollen damit geendet haben, dass sich der Kreis zu einer Vertragsauflösung mit dem DRK verpflichtete – allerdings mit der Aussicht, dass sich das DRK wieder bewerben könne. Allerdings gab es zwei Jahre später ein Urteil, wonach eine Bereichsausnahme möglich sei – eine Umsetzung der Kündigung und Neuausschreibung nach Ansicht einiger demnach gar nicht erforderlich sei.

Ende März 2020 wurde die Herzogtum Lauenburg Rettungsdienstgesellschaft HLR gegründet. Bedenken vor allem der SPD, die noch zahlreiche offene Fragen sah, fanden kein Gehör. Das kritisieren Brackmann und Brandt nun: „Sie (SPD und FDP) haben im Oktober 2019 mitgestimmt bei der Grundsatzentscheidung, über die Bereichsausnahme die Hilfsorganisationen zu bevorzugen und eine kreiseigene GmbH für die Organisation zu gründen, dann aber im März 2020 die GmbH nicht gründen wollen", heißt es. Geschäftsführer wurde später Kai Fabian Steffens, lange Zeit mit Brackmann gemeinsam mit der DLRG Oberelbe aktiv.

Auch erste Ausschreibung aufgehoben

Das Thema Bereichsausnahme ist nun offenbar auch der angeblich entscheidende Punkt, mit dessen Strittigkeit der Kreis die Empfehlung zur Aufhebung der zweiten Ausschreibung begründet. Von Beteiligten war allerdings erwartet worden, dass der – wie es heißt – „recht klagefreudige" Rettungsdienstanbieter Falck mit seiner Tochter Promedica voraussichtlich alle Rechtsmittel ausschöpfen würde. Schon im Verfahren der ersten Ausschreibung soll es bezüglich der Bereichsausnahme Einwände gegeben haben.

„Die Begründung der Aufhebung der Ausschreibung scheint nur ein Vorwand zu sein, weil einem möglicherweise das Ergebnis nicht gepasst hat.
Jens Meyer, Fraktionschef der SPD

„Mehr Sicherheit als im öffentlichen Dienst kann man auch als Rettungsassistent nicht haben.
Oliver Brandt, Fraktionschef der Grünen

Die Herzogtum Lauenburg Rettungsdienstgesellschaft HLR zog die Ausschreibung schließlich zurück. Nach Kreisangaben wurde diese wenige Tage später in „nahezu unveränderter Form" erneut veröffentlicht – mit zwei wesentlichen Unterschieden. Statt der HLR, die trotz entsprechender politischer Hinweise im Vorfeld unzulässiger Weise als Ausschreibende auftrat, war nun der Kreis Ausschreibender. Und waren jedem Bieter in der ersten Ausschreibung noch Angebote aus zwei Losen zugestanden worden, war es jetzt nur noch eines. Das klagebedrohte Thema Bereichsausnahme wurde vom Kreis in der zweiten Ausschreibung jedoch nicht berücksichtigt.

Rügen wurden von der HLR als unbegründet bezeichnet

Im Gegenteil: In öffentlicher Sitzung betonte Geschäftsführer Steffens, dass mehr als 50 – es sollen sogar knapp 100 gewesen sein – eingehende Fragen, Einwendungen oder Rügen ganz normal seien. In nichtöffentlicher Sitzung hat der HLR-Chef Steffens den Politikern auch mitgeteilt, dass sämtliche Rügen unbegründet gewesen seien.

Mit rechtlicher Unsicherheit hingegen – durch möglicherweise zuvor als unbegründet bezeichnete Rügen – begründet der Kreis seinerseits nun die Aufhebung der Ausschreibung.

Jens Meyer, Chef der SPD-Kreistagsfraktion, kritisierte in einer Pressemitteilung, dass die Ausschreibung möglicherweise aufgehoben worden sei, weil einem das Ergebnis nicht gepasst habe. Die DLRG Oberelbe hätte kaum Chancen auf einen Zuschlag für das Los im Kreissüden gehabt.

Rechtliches Risiko hat „mit Vernunft nichts zu tun"

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme kritisieren Brackmann und Brandt nun SPD und FDP, die sich gegen die Aufhebung der Ausschreibung ausgesprochen hatten: „Jedenfalls ist bei dieser Sachlage zu befürchten, dass jeder Konflikt vor Gericht ausgetragen würde. Dass Rechtsstreitigkeiten vor Gericht ausgefochten werden, mag man als normal empfinden, sehenden Auges eine solche Situation zu riskieren, hat mit Vernunft aber nichts zu tun." Um die derzeitigen Mitarbeiter des DRK machen sich Brackmann und Brandt keine Sorgen. „Mehr Sicherheit als im öffentlichen Dienst kann man auch als Notfallsanitäterin und -sanitäter oder Rettungsassistentin und Rettungsassistent nicht haben."

Und von einem „Zerschlagen" des Rettungsdienstes könne laut Brandt und Brackmann gar keine Rede sein. Dem Personal droht nicht die Entlassung oder ein befristetes Arbeitsverhältnis, sondern es wird unbefristet übernommen. Lediglich der Arbeitgeber wechselt. In der Vergangenheit war von Brackmann immer wieder betont worden, wie wichtig die Einbindung der Hilfsorganisationen auch aus Katastrophenschutzgründen sei.

Rettungsdienst könnte in die Kreisverwaltung eingegliedert werden

Wie es nun mit der HLR weitergeht, ist offen. Zuletzt hatte der Kreis die Kreisforsten aufgrund des kostspieligen und hohen organisatorischen Aufwandes aufgelöst und wieder in die Kreisverwaltung eingegliedert. Eine direkte Durchführung des Rettungsdienstes durch die Kreisverwaltung war im Übrigen auch eine Variante, die einst ein Gutachter vorgeschlagen hatte.

Die Gesellschaft HLR war dann als Kompromiss aufgrund der Einbindung der Hilfsorganisationen eigentlich nur als Managementgesellschaft mit einer guten handvoll Mitarbeiter vorgesehen gewesen.

Sollte diese nun auch die Rettungsdienstleistungen direkt betreuen, würde eine Gesellschaft mit möglicherweise mehr als 200 Mitarbeitern außerhalb der Verwaltung entstehen. Während die ehemaligen DRK-Notfallsanitäter künftig möglicherweise auf Schichtzulagen verzichten müssten, könnte hingegen die Geschäftsführungsebene beim Gehalt bei einer personellen Eingliederung in die Kreisverwaltung profitieren.

inixmedia
Begeistert für Ihre Kommune

inixmedia GmbH | Liesenhörnweg 13 | 24222 Schwentinental

Sibylle Kircher
Schüttberg 12a
21502 Geesthacht

Ihre Ansprechpartnerin
Nicole Wolfgramm

Telefon
0431/668 48-82

E-Mail
n.wolfgramm@inixmedia.de

Datum
21.05.2021

Erstellung einer Seniorenbroschüre für den Kreisseniorenbeirat Herzogtum Lauenburg

Sehr geehrte Frau Kircher,

vielen Dank für das nette Telefonat heute. Wir bieten Ihnen gerne die Erstellung einer Seniorenbroschüre für den Kreis Herzogtum Lauenburg an. Seit über 25 Jahren betreuen wir Kommunen und Seniorenbeiräte in der Öffentlichkeitsarbeit. Im Kreis Herzogtum Lauenburg sind wir gut vernetzt, so dass wir über sehr gute Regionalkenntnisse verfügen, sowohl im redaktionellen Bereich als auch im Anzeigenverkauf.

Wir informieren beispielsweise über diverse Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten, Wohnformen im Alter, Beratungsangebote sozialer Dienste, gesundheitliche Hilfen, Pflegefragen sowie finanzielle und rechtliche Hilfen. Ihr Wunschthema Demenz werden wir ebenfalls integrieren und ebenso Informationen zu den gewünschten Quellen aufzeigen.

Unser Redaktionsteam nimmt Ihnen einen Großteil der Arbeit rund um die Erstellung der Broschüre ab. Wir übernehmen die Texterstellung, kümmern uns um die aktuellen gesetzlichen Informationen, die Adressrecherche und die Fotobeschaffung und verfügen über ein eigenes Lektorat. Vom persönlichen Redaktionsgespräch bis hin zur Auslieferung Ihrer Broschüre haben Sie eine feste Ansprechperson bei uns.

Kosten entstehen Ihnen nicht, da wir uns über den Anzeigenverkauf um die Finanzierung kümmern.

Ich habe Ihnen eine Musterbroschüre aus dem Kreis Ostholstein beigefügt. Die entsprechenden Inhalte für Ihren Kreis beraten wir gerne bei Ihnen vor Ort.

Neben der gedruckten Version der Broschüre erhalten Sie auch eine digitale Version in Form eines barrierefreien PDF's oder eines Flipbooks.

inixmedia
Begeistert für Ihre Kommune

Falls noch Fragen sein sollten, melden Sie sich gerne bei mir. Ich hoffe, dass mein Brief rechtzeitig zum 25. Mai bei Ihnen ist.

Bis bald, ich wünsche ein schönes Pfingstfest und sende beste Grüße nach Geesthacht

Nicole Wolfgramm

P.S.: Kennen Sie unsere Broschüre des Landesseniorenrates? Ich habe sie einfach mal mit beigefügt.

inixmedia GmbH
Liesenhörnweg 13 | 24222 Schwentinental
tel 0431 66848-60
fax 0431 66848-70

Niederlassung Hamburg
Osterbekstraße 86 | 22083 Hamburg
tel 040 890 66738-0
fax 040 890 66738-9

Niederlassung Bamberg
Wetzelstraße 20 | 96047 Bamberg
tel 0951 700 869-0
fax 0951 700 869-20

Handelsregister HRB 5629 Kiel
USt-IdNr. DE214 231 115
Geschäftsführer Thorsten Drewitz
und Maurizio Tassillo

7. Sitzung des KSB vom 25.5.2021

Teilnehmerliste

gefahrene Kilometer ↓

1. Andreas Thiede — Stadt Lauenburg/Elbe — [signature]
2. [illegible] — [illegible] — [signature]
3. Degenhard Christer — Lauenburg/Elbe — [signature]
4. Foesing, Claus — " — 38Km — [signature]
5. Wibbels, Manfred — Ratzeburg 54 km — [signature]
6. Deutschmann, Günter (Mitfahrer) — Ratzeburg — [signature]
7. Güttler, Herbert, — Lauenburg — [signature]
8. Martin Meister (ohne km) SBC — Mölln — [signature]
9. Ansgar Jan Bytom — Steinhorst 45 km — [signature]
10. Freiberg Thomas — Geesthacht — 34 km — [signature]
11. [illegible] — Geesthacht — [signature]
12. S. Wischer — Geesthacht 34 km — [signature]
13. [illegible] — [illegible] 78 km — [signature]

Namentliche Aufstellung der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Seniorenbeirates des Kreises Herzogtum Lauenburg (31.10.2020)

Mitglieder:

Sibylle	Kircher	Schüttberg 12a	21502 Geesthacht	04152-2765	svkircher@t-online.de	Schriftführerin und stellv.-Vors. Süd 0170 7828352
Claus	Beissner	Blumenstraße 7	21481 Lauenburg	04153 550680	c.beissner@t-online.de	0171 4587105
Ilse	Timm	Nelkenstraße 11	21502 Geesthacht	04152-3183		0177 4509013
Manfred	Wübbels	Klopstockweg 25	23909 Ratzeburg	04541-7191	m.wuebbels@t-online.de	—
Degenhard	Christen	Breslauer Str.11	21481 Lauenburg		d.christen38@gmail.com	—
Reinhard	Vossgrau	Dorfstraße 22	23628 Klempau	0173-2127771	vossgrau@aol.com	Stellv.-Vors. Nord 0173 2127771
Dr.Hubert	Hoser		23879 Mölln	0171-43134324	hubert.hoser@web.de	Vorsitzender
Claus	Faesing	Bahnhofstraße 1	21516 Müssen	04155-2481	claus@faesing.de	0151 65159010
Ansgar	Bytom	Reutenstr.1	2387 Steinhorst		abytom@web.de	0157 84440671
Jürgen	Pfeiffer	Alter Postweg 1	23909 Ratzeburg		i.f.pfeiffer@t-online.de	0170 909 2221
Martin	Meister	Sterleyer Straße 44	23879 Mölln		mmeister52@gmx.de	
Günther	Deutschmann	Gr. Kreuzstraße 14	23909 Ratzeburg	04541-2324	egg.puetz@t-online.de	0162 9236883
Klaus	Venzlaff	Teichstraße16b	21465 Wetorf		klaus.venzlaff@web.de	0173 4257541
Thomas	Freiberg	Fährstraße 22d	21502 Geesthacht	04152-888083	Thomas@ThomSailor.de	0170 389 4507
Ludwig	Kindermann	Barkenkamp 85	23909 Ratzeburg	04541-3813	margit@familie-kindermann.de	—

Stellvertretende Mitglieder:

Madlen	Deinhard-Kleemann	Berliner Stra.75	23879 Mölln	04542-5470	madlen.deinhard-kleemann@moell.de	—
Joachim	Ketelhut	Rehnaer Str.4	23879 Mölln	04542-6143	ketelhut.hj@t-online.de	0171 6921521

Aufgestellt: Reinhard Vossgrau (31.10.2020) abgestimmt mit der KV im Dezember 2020

Die Rentenpläne der Parteien zum Bundestagswahlkampf

Die Corona-Krisenbewältigung sowie die Bekämpfung des Klimawandels zeichnen sich als beherrschende Themen im Bundestagswahlkampf 2021 ab. Ob auch das Thema Altersvorsorge eine herausragende Rolle darin einnehmen wird, ist noch nicht sicher. Handlungsbedarf bei der Rente besteht aber auf jeden Fall. AssCompact hat sich deshalb im Rahmen des Sonderthemas Altersvorsorge mit den Wahlprogrammentwürfen der Bundestagsparteien befasst. Ein Überblick über die Rentenpläne der im Bundestag vertretenen Parteien von links nach rechts.

DIE LINKE.

Die Linke

Die Linkspartei fordert in ihrem Programmentwurf zur Bundestagswahl, künftig alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen – auch Beamte, Freiberufler, Abgeordnete und Selbstständige. Des Weiteren sieht der Entwurf vor, dass eine Mindestrente eingeführt wird. Niemand solle im Alter von weniger als 1.200 Euro netto leben müssen. Außerdem will die Partei das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre absenken und das Rentenniveau auf 53% anheben. Die Beitragsbemessungsgrenze soll schrittweise angehoben und perspektivisch abgeschafft werden.

Die Linken planen darüber hinaus auch die Abschaffung der Riester-Rente. Die Ansprüche der Versicherten könnten jedoch auf freiwilliger Basis in die gesetzliche Rente überführt werden. Eine Aufbesserung der eigenen Rentenansprüche wäre nach dem Willen der Linken durch freiwillige Zusatzbeiträge in die Rentenkasse möglich. Darüber hinaus lehnt die Partei die Besteuerung von Renten bis zu einer Höhe von 14.400 Euro pro Jahr ab. Die Doppelverbeitragung will sie beenden und die bAV soll überwiegend von den Arbeitgebern finanziert werden. Den Verzicht auf Rentengarantien lehnen die Linken ab.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen

Auch die Grünen wollen, dass mehr Erwerbstätige in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. In ihrem Programmentwurf fordern sie, „anderweitig nicht abgesicherte Selbstständige, denen sonst Altersarmut droht, und Abgeordnete" in die gesetzliche Rentenversicherung aufzunehmen. Langfristig streben aber auch die Grünen eine allgemeine Bürgerversicherung an. Die Grundrente soll zu einer Garantierente ausgebaut werden, die bereits nach 30 Versicherungsjahren greift. Einkünfte aus Betriebsrenten oder einer privaten Rentenversicherung sollen nicht darauf angerechnet werden. Am Renteneintrittsalter von 67 Jahren hält die Partei fest.

Die Riester-Rente wollen die Grünen abschaffen und durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen. Dieser Bürgerfonds soll zum Standardprodukt für die private und betriebliche Altersvorsorge werden. Vorgesehen ist, dass jeder Bürger, der nicht aktiv widerspricht, in den Fonds einzahlt. Mit dem daraus resultierenden Volumen sollen die Verwaltungskosten gering gehalten werden. Auf Garantien wollen die Grünen dabei verzichten. Außerdem sollen alle Arbeitgeber zukünftig verpflichtend eine betriebliche Altersversorgung anbieten.

Freie Demokraten
FDP

FDP

Die FDP fordert in ihrem Programmentwurf eine Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip. Erworbene Rentenansprüche sollen sowohl bei einem Arbeitgeberwechsel als auch bei einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit uneingeschränkt mitgenommen werden können. Das Renteneintrittsalter möchten die Liberalen flexibel gestalten. Wer das 60. Lebensjahr und über alle Altersvorsorgeansprüche hinweg mindestens das Grundsicherungsniveau erreicht hat, könne seinen Eintritt in den Ruhestand frei wählen. Zuverdienstgrenzen in der Rente will die FDP abschaffen und Teilrenten ermöglichen.

Das Kernstück des FDP-Rentenkonzepts ist jedoch die Aktienrente. Dabei handelt es sich um eine kapitalgedeckte Ergänzung des umlagefinanzierten Rentenversicherungssystems. Um diese Ergänzung zu etablieren, möchte die FDP den Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung absenken und diesen Anteil ersatzweise in einen unabhängig verwalteten Aktienfonds investieren. Darüber hinaus soll ein Altersvorsorge-Depot eingeführt werden, das keinen obligatorischen Versicherungsmantel umfasst und die Zulagenförderung der Riester-Rente, die steuerliche Förderung der Rürup-Rente sowie die Flexibilität und die Renditechancen des amerikanischen 401(k)-Modells kombiniert. Lebensversicherer, Pensionskassen und Versorgungswerke sollen des Weiteren zukünftig leichter in risikoreiche Assets investieren dürfen und auch die Anlagevorschriften bei der staatlich geförderten Altersvorsorge will die FDP öffnen. Des Weiteren soll eine Basis-Rente eingeführt, die Doppelverbeitragung beendet und der Nachholfaktor in der Rentenanpassungsformel reaktiviert werden.

AfD

AfD

Die Alternative für Deutschland stand lange in der Kritik, weil sie überhaupt kein Rentenkonzept aufwies. Das hat die Partei auf ihrem Bundesparteitag im November 2020 geändert und ihr erstes Rentenkonzept beschlossen. Aufgrund der zeitlichen Nähe steht zu erwarten, dass sich viele Punkte auch so im Wahlprogramm der Partei für die Bundestagswahl finden werden. Ganz sicher ist das aber nicht. Schließlich hat die AfD – nach einem turbulenten Parteitag – zwar ein Programm beschlossen. Zu Redaktionsschluss war das Wahlprogramm der AfD jedoch noch immer nicht veröffentlicht.

Als gesetzt gelten bei der AfD die Forderung nach einem flexiblen Renteneintrittsalter. Darüber hinaus sollen auch Politiker, Selbstständige und ein Großteil der Staatsbediensteten voraussichtlich in Zukunft in das gesetzliche Rentensystem einzahlen. Im November 2020 sprach sich die Partei außerdem dafür aus, dass Familien mit Kindern begünstigt werden sollen. Geplant ist, für jedes (deutschstämmige) Kind 20.000 Euro der Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln zu erstatten, ohne dass sich die jeweiligen Rentenansprüche verringern.

SPD

SPD

Die SPD will, ebenso wie Grüne und Linke, dass zukünftig alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen – auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Mandatsträger. Wie die Grünen, plant auch die SPD hier jedoch langfristig. Demnach seien die Sondersysteme in der Altersvorsorge „auf lange Sicht zu überwinden", heißt es in dem Programmentwurf zur Bundestagswahl. Den Beamten garantiert die SPD jedoch, dass sich das Gesamtniveau ihrer Alterssicherung durch eine Zusammenführung mit der gesetzlichen Rente nicht reduzieren wird.

Um die betriebliche Altersversorgung zu stärken, planen die Genossen, tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen zu bevorzugen. Die noch unter Rot-Grün eingeführte Riester-Rente stellt die Genossen mittlerweile nicht mehr zufrieden. Die SPD plant in ihrem Programmentwurf, ein neues standardisiertes Angebot der Altersvorsorge zu etablieren. Dieses Standardprodukt soll kostengünstig, digital und grenzüberschreitend angeboten werden – eine Beschreibung, die an das Konzept der Europarente (PEPP) erinnert, die voraussichtlich ab dem Frühjahr 2022 starten kann.

CDU CSU

CDU/CSU

Die Unionsparteien hatten zum Redaktionsschluss noch keinen Entwurf für ihr Bundestagswahlprogramm vorgestellt. Aktuell arbeiten die Generalsekretäre von CDU und CSU noch an einem Programm. Seit Ende März können Interessierte sich über die Website zusammenmachen.de mit Ideen an der Ausgestaltung des Programms beteiligen. Ein CSU-eigenes weitergehendes Programm (Bayernplan) soll es für die Bundestagswahl 2021 nicht geben.

Ein paar Punkte gelten bei den Unionsparteien jedoch als gesetzt. Bereits Ende letzten Jahres wurde bekannt, dass die Parteien die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung koppeln wollen. Konkret könnte der Plan so aussehen, dass sich das Renteneintrittsalter mit jedem Jahr gestiegener Lebenserwartung um neun Monate nach hinten verschiebt. Die Rentenbezugsdauer würde sich dementsprechend nicht um das volle Jahr gestiegener Lebenserwartung verlängern, sondern nur um drei Monate.

Die Riester-Rente soll voraussichtlich beibehalten werden. Aber auch CDU und CSU sehen die Notwendigkeit von Reformen. Die Lösung soll ein günstiges Standardvorsorgeprodukt bieten, das automatisch für jeden Arbeitnehmer gilt, sofern er nicht widerspricht. Von der Beitragsgarantie werden sich die Unionsparteien voraussichtlich verabschieden – sowohl bei der Riester-Rente als auch in der betrieblichen Altersversorgung. Erwartet wird außerdem eine deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze – Ende letzten Jahres wurde von Sozialpolitikern der Union sogar eine komplette Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze diskutiert.